

24.10.2024

POSITIONSPAPIER

Zur Zukunft der Kohäsionspolitik 2028+

Metropolregionen sind funktionale Räume, die mit unterschiedlichsten Governance-Modellen die regionale Zusammenarbeit und die Vernetzung relevanter Akteure fördern sowie wichtige Aufgaben der Regionalentwicklung übernehmen. Metropolregionen erfüllen somit eine wichtige Kohäsionsfunktion zwischen ihren städtisch, peri-urban und ländlich geprägten Teilräumen und sind wichtige Impulsgeber für die europäische Regionalpolitik. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain setzt sich dafür ein, dass die Bedeutung starker Metropolräume als Motoren für Wachstum, Innovation und nachhaltige Entwicklung in Europa erkannt und gestärkt wird und dabei der Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen Rechnung getragen wird.

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain begleitet seit vielen Jahren den fachlichen und politischen Diskurs zur EU-Kohäsionspolitik und unterstützt damit konstruktiv die Arbeit der europäischen Institutionen und der für FrankfurtRheinMain zuständigen Verwaltungsbehörden. Vor diesem Hintergrund positioniert sich FrankfurtRheinMain wie folgt zur Zukunft der Kohäsionspolitik ab 2028:

1. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain unterstützt entschieden die Fortführung der EU-Kohäsionspolitik ab 2028. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain setzt sich dafür ein, dass die Kohäsionspolitik auch weiterhin im Mehrjährigen Finanzrahmen der EU mit ausreichenden Mitteln ausgestattet wird.
2. Die Kohäsionspolitik trägt maßgeblich dazu bei, die Entwicklungsunterschiede zwischen den europäischen Regionen zu verringern sowie den wirtschaftlichen, den sozialen und den territorialen Zusammenhalt zu festigen. Daher muss gewährleistet sein, dass auch in Zukunft alle Regionen der EU förderfähig sind.

Die Umsetzung des europäischen Grünen Deals und der dadurch angestrebte Wandel hin zu einer digitalisierten und klimaneutralen Wirtschaft stellt insbesondere auch stärker entwickelte Regionen vor Transformationsherausforderungen. So haben auch besser entwickelte Regionen einerseits mit Entwicklungsunterschieden in ihren Teilregionen zu kämpfen und sind andererseits besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Dazu zählen insbesondere Siedlungsdruck, Umwelt-, Lärm- und Verkehrsbelastungen, der demographische Wandel, Migration und Fachkräftemangel. Auch die europaweiten Herausforderungen wie die digitale Transformation, eine nachhaltige Energiewende und der Klimawandel (Klimaschutz und Folgenanpassung) stellen Metropolregionen besonders auf die Probe. Diese Herausforderungen sind in funktionalen Räumen wie Metropolregionen, die oft

gegenläufige Trends in ländlichen und städtischen Teilregionen miteinander vereinbaren müssen, besonders relevant.

Auch haben Metropolregionen ein großes Potential, diese Herausforderungen auf Ebene des funktionalen Raumes zu lösen. Die Kohäsionspolitik sollte in Zukunft stärker als bisher darauf ausgerichtet sein, die Regionen bei der Lösung dieser Herausforderungen und der Nutzung des Potentials zu unterstützen. Schließlich sind gerade die weiterentwickelten Regionen, wie die Metropolregionen, Treiber von Beschäftigung, Innovation und Kreativität und unterstützen damit die gesamte EU im globalen Kontext und im globalen Wettbewerb.

Zudem ist die Sichtbarkeit europäischer Projekte vor Ort auch in Deutschland ein wichtiges Mittel gegen steigende Europaskepsis.

3. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain fordert eine Intensivierung der partnerschaftlichen Programmierung der operationellen Programme, die aus den Strukturfonds finanziert werden. Dies beinhaltet das Zusammenarbeiten der Europäischen Kommission mit der mitgliedstaatlichen Ebene, der regionalen Ebene (in Deutschland die Bundesländer), aber auch eine echte Partnerschaft mit den regionalen Akteuren unterhalb der Landesebene, wie den Metropolregionen. Diese sind im engen und ständigen Austausch mit den Städten, Gemeinden, Landkreisen und anderen Akteuren und kennen deren Bedürfnisse und Herausforderungen. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain fordert deswegen eine stärkere Mitverantwortung der Metropolregionen im Programmierungs- und Umsetzungsprozess der Kohäsionspolitik. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain ist dazu bereit, sich in der nächsten Förderperiode noch stärker an der Umsetzung der Kohäsionspolitik zu beteiligen.

Wie wichtig die partnerschaftliche Programmierung der Förderinstrumente ist, zeigen auch die Erfahrungen bei der Aufstellung des Resilienz- und Wiederaufbauplanes als Antwort auf die COVID-19-Krise. Eine stärkere Zentralisierung der Förderung hat unmittelbar zu einer Einschränkung bzw. einem Ausschluss bei den Beteiligungsmöglichkeiten der Metropolregionen und ihrer Kommunen geführt. Zukünftige Förderinstrumente der Kohäsionspolitik sollten daher in geteilter Mittelverwaltung erfolgen.

4. Die funktionalen Räume müssen bei der Bewältigung der Herausforderungen stärker von der Kohäsionspolitik unterstützt werden, als es bisher der Fall war. Die bereits entwickelten dezentralen Instrumente der „Integrierten Territorialen Investitionen“ (ITI) für Regionen und „von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen der lokalen Entwicklung“ (CLLD) für subregionale Gebiete bieten gute Voraussetzungen für integrierte und vor Ort gebündelte Projekte in funktionalen Räumen. Diese werden „von unten“ entwickelt und umgesetzt und spiegeln somit die Bedürfnisse und Herausforderungen dieser Ebene wider. Auch wird die Sichtbarkeit europäischer Fördermittel bei der Zivilgesellschaft vor Ort erheblich verbessert und so die Zustimmung zur EU allgemein erhöht.

Trotz sehr guter Beispiele auch aus anderen Mitgliedstaaten wird insbesondere das Instrument der ITI in Deutschland nicht oder nur in abgeschwächter Weise angewandt. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain bedauert dies sehr und ruft die Europäische Kommission dazu auf, diese Instrumente mit mehr Nachdruck in Zukunft von der Bundes- und Landesebene einzufordern.

5. Die Kohäsionspolitik sollte darauf abzielen, langfristige Investitionen gemäß Artikel 174 AEUV zu fördern und Kohäsionsmittel nicht in der laufenden Förderperiode für die Bewältigung neuer Krisen kurzfristig umwidmen zu können. Dies ist auch aufgrund der dadurch erstehenden Notwendigkeit einer umfangreichen Anpassung der operationellen Programme geboten. Um auf kurzfristige Krisen reagieren zu können, sollte im Mehrjährigen Finanzrahmen eine Reserve für unvorhergesehene

Schocks außerhalb der Kohäsionspolitik eingerichtet werden, ohne aber die Mittel der Kohäsionspolitik im Mehrjährigen Finanzrahmen zu kürzen.

6. Der Vorteil der Strukturpolitik gegenüber den EU-Sektor-Politiken wie z. B. Verkehr, Energie oder Forschung ist die Möglichkeit, integrierte Projekte durchzuführen, die auf die Bedürfnisse der regionalen und lokalen Ebene ausgerichtete territoriale Komponenten umfassen. Solche umfangreichen Projekte bedürfen eines Vorlaufs und die Involvierung der Partner auf lokaler und regionaler Ebene. Hierunter fallen oft Projekte, die sich monetär nicht direkt von selbst finanzieren, aber langfristig einen nachhaltigen gesellschaftlichen Mehrwert erreichen. Vor diesem Hintergrund muss die Logik der Strukturfonds beibehalten werden und in ihrer Umsetzung auch weiterhin auf Zuschüsse und gegebenenfalls ergänzend auf andere Finanzinstrumente ausgerichtet sein.
7. Um die Attraktivität der Förderung zu gewährleisten und vor allem auch finanzschwächeren Kommunen in den Regionen und Trägern vor allem im sozialen Bereich einen Zugang offen zu halten, sollte die Kofinanzierungsrate durch die europäischen Strukturfonds wieder mindestens 50 % erreichen. Im Hinblick auf die erhöhte Inflation und unterschiedliche Kostenniveaus innerhalb der EU, sollte als zentraler Indikator für die Mittelverteilung die regionale Wirtschaftskraft anhand des Bruttoinlandsprodukts nach Kaufkraftparitäten sein.
8. Die Europäischen Strukturfonds und die dadurch umgesetzten Projekte liegen im gemeinsamen europäischen Interesse und sollten daher analog zu den Förderungen aus den direkt verwalteten Programmen, wie Horizont-Europa oder InvestEU, als erforderliche und geeignete Beihilfen angesehen werden. Dies kann Synergien zwischen den Fonds bestärken und stellt eine enorme Verwaltungsvereinfachung für die Projektträger dar.
9. Die Europäische Territoriale Zusammenarbeit als Teil der Regionalpolitik gilt es, ab 2028 weiterzuführen und auszubauen. Die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Kooperation mit den Programmen INTERREG und URBACT bringen einen außergewöhnlichen europäischen Mehrwert und befördern das gute nachbarschaftliche Miteinander und das Verständnis innerhalb der EU. Darüber hinaus werden durch die Zusammenarbeit von Akteuren aus unterschiedlichen europäischen Ländern zu integrierten und raumbezogenen Themen Wissen und Erfahrungen ausgetauscht, und dadurch können neue innovative Lösungen entwickelt, getestet und umgesetzt werden.
10. Eine wachsende EU-Skepsis und der damit verbundene Vorwurf der Bürgerferne stellen die EU vor große Herausforderungen. Durch unverhältnismäßig hohe administrative Vorgaben im Rahmen der Kohäsionspolitik werden diese Tendenzen noch verstärkt. Eine deutliche Vereinfachung bei der Antragstellung und Verwaltung kann daher dazu beitragen, dass die Akzeptanz und die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der EU zunehmen. In diesem Sinne bedarf auch die Finanzkontrolle laufender und abgeschlossener Projekte einer konsequenten Vereinfachung.

Insbesondere kleine und finanzschwache Kommunen sind häufig nicht in der Lage, die komplexen Förderantragsverfahren selbst zu bewältigen. Oft fehlt es an der Expertise und Personal. Kohäsionsmittel sollten auch eingesetzt werden, um diese Kommunen gezielt zu unterstützen und so einen gleichberechtigten Zugang zur Förderung zu ermöglichen.

Darüber hinaus sollten die inhaltlichen Anforderungen an Förderprojekte realistisch sein und Aufwand und Nutzen für die Fördermittelempfänger wieder mehr in Einklang gebracht werden. Vor einem zunehmenden Fachkräftemangel wird die Teilnahme an Europäischen Förderprojekten aufgrund ständig steigender formaler und inhaltlicher Anforderungen an die Fördermittelempfänger, von diesen zunehmend grundsätzlich in Frage gestellt.